

Antrag

Initiator*innen: Luise Amtsberg (KV Kiel)

Titel: **Globalalternative - Für Frieden, Freiheit und Resilienz — Sicherheit ganzheitlich denken**

Antragstext

1 Frieden, Freiheit und Stabilität sind auch in Deutschland und Europa keine
2 Selbstverständlichkeit mehr. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine
3 markiert eine Zäsur in der europäischen Friedensordnung. Mit Wladimir Putin
4 steht uns ein aggressiver Autokrat gegenüber, der seine Interessen mit
5 militärischer Gewalt und massiven Völkerrechtsbrüchen durchzusetzen versucht.
6 Deutschland bleibt eines der Hauptangriffsziele. Wir sehen uns weiterhin
7 massiver hybrider Angriffe ausgesetzt – etwa durch Desinformation,
8 Cyberattacken, politische Einflussnahme, Sabotage und Spionage. Die Spitzen
9 unserer Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr und der Nachrichtendienste sprechen
10 mit Blick auf ein zunehmend aggressives Agieren Russlands davon, dass wir uns
11 längst in einem hybriden Krieg befinden. Diese Entwicklung macht uns große
12 Sorge.

13 Ziel dieser hybriden Kriegsführung und gezielten Einflussnahmeoperationen ist
14 es, uns die eigene Verwundbarkeit aufzuzeigen, Verunsicherung zu stiften,
15 gesellschaftliche Konflikte zu vertiefen, zu spalten, zu entsolidarisieren und
16 das Vertrauen in unsere demokratischen Strukturen zu zerstören.

17 Vor diesem Hintergrund hat der Ostseeraum in den vergangenen Jahren stark an
18 geopolitischer Bedeutung gewonnen: Die in der Ostsee verlaufenden Pipelines,
19 Strom- und Datenkabel verbinden Europas Energie- und Kommunikationsnetz. Die
20 Schifffahrtswege, Handelsrouten und Häfen in und an der Ostsee sichern die
21 Versorgung in Nord- und Osteuropa.

22 Die wiederholten Angriffe und Sabotageakte auf kritische Infrastrukturen in

23 Nord- und Ostsee sowie das Agieren Russlands mit Hilfe der sogenannten
24 „Schattenflotte“ sind nicht nur eine ernste Gefahr für unsere Demokratie und
25 unseren Rechtsstaat, sie bergen auch enorme wirtschaftliche und
26 sicherheitspolitische Risiken für ganz Europa und gefährden zusätzlich die
27 äußerst sensiblen Meeresgebiete. Der Schutz maritimer Infrastruktur ist daher
28 derzeit zu Recht ein Schwerpunkt europäischer Sicherheits- und
29 Verteidigungspolitik. Auch Schleswig-Holstein kommt angesichts unserer
30 strategisch wichtigen Lage an Nord- und Ostsee eine besondere Verantwortung zu.

31 In dieser neuen Realität braucht es ein neues Verständnis von der Notwendigkeit
32 einer verbesserten Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit. Die Verteidigung
33 unserer Freiheit kann zweifellos nicht nur militärisch erreicht werden. Es
34 braucht vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz, der Innere und Äußere Sicherheit
35 künftig sehr viel stärker zusammendenkt und alle Akteure, ob Polizei,
36 Nachrichtendienste, Bundeswehr, aber auch und vor allem die für den
37 Bevölkerungsschutz zuständigen Blaulichtorganisationen, von vornherein mitdenkt
38 und sie verzahnt. Insgesamt braucht es ein gesamtgesellschaftliches
39 Krisenmanagement, das zivil, politisch und militärisch wirkt und in Kooperation
40 von Staat und Zivilgesellschaft auf stark gestiegene Bedrohungslagen reagiert.

41 Wir Grünen, auch und gerade in Schleswig-Holstein, haben uns wiederholt und
42 intensiv mit diesen Herausforderungen auseinandergesetzt. Unsere Beschlusslagen
43 fordern eine neue Sensibilität und ein gesamtgesellschaftliches Vorgehen zum
44 Schutz unseres Staates und Europas. Hierbei muss das gesamte Spektrum an
45 Herausforderungen in den Blick genommen werden – von Cyber- und
46 Weltraumsicherheit über Energiesicherheit bis hin zu Katastrophen- und
47 Bevölkerungsschutz.

48 Weil die Bundeswehr als zentraler Garant unserer Sicherheit und wichtiger
49 Pfeiler europäischer und internationaler Friedenssicherung derzeit nicht
50 ausreichend in der Lage ist, ihre wachsenden Verteidigungsaufgaben zu erfüllen,
51 haben wir Grüne das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, die Beschleunigung
52 von Beschaffungsprozessen und strukturelle Reformen mit auf den Weg gebracht und
53 durchgesetzt. Schon in den damaligen Verhandlungen wollten wir auch Polizei,
54 Nachrichtendienste und Blaulichtorganisationen mit ins Boot holen, sind damit
55 aber an der Ablehnung der Union gescheitert. Im Zuge der Verhandlungen um das
56 neue, 500 Mrd. Euro Sondervermögen ist es uns – aus der Opposition heraus –
57 gelungen, einen solchen, gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verankern.

58 Wir haben uns klar zu unseren Bündnisverpflichtungen in der NATO und zur
59 Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des Bündnisses bekannt und
60 gleichzeitig immer wieder darauf gedrungen, dass Deutschland und die Europäische
61 Union mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen – im Geist

europäischer Solidarität und Unabhängigkeit.

Wir Grünen haben immer wieder klar gemacht, dass wir, so lang Russland weiter versucht, die Ukraine zu unterwerfen und Gebiete gewaltsam zu erobern, wir die Ukraine weiter umfassend unterstützen werden – militärisch, humanitär und politisch. Auch das Agieren anderer autoritärer Staaten wie China gilt es, rechtsstaatlich entschlossen im Blick zu behalten. Auf die von ihnen ausgehenden Gefahren machen uns die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste regelmäßig aufmerksam.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein erneut:

1. Gesellschaftliche Resilienz stärken

Die Bedrohungslage ernst zu nehmen ohne in Panik zu verfallen, setzt eine gut informierte Öffentlichkeit voraus, die den Wert und die Verletzlichkeit von Demokratie und Frieden versteht und die bereit ist, unsere Freiheit, unser Recht und unsere Sicherheit zu verteidigen. Wir setzen uns daher für ein neues Verständnis von Wehrhaftigkeit ein, das auf gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein gründet. Wir stärken daher auch die politische Bildung, Medienkompetenz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Desinformation, Spaltung und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken.

2. Integrierte Sicherheitsstrategie umsetzen

Wir bringen innere und äußere Sicherheit zusammen und stehen für einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der Cyber- und Weltraumsicherheit, Energiesicherheit, Katastrophenschutz, Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen und einer engen Verzahnung von zivilen und militärischen Strukturen Rechnung trägt. Frühwarnsysteme, Sicherheitsstandards für kritische Infrastruktur, eine engere Verzahnung der nationalstaatlich zuständigen Stellen, sowie die Stärkung des Zivilschutzes und der Nachrichtendienste spielen hierbei eine zentrale Rolle.

3. Gesamtgesellschaftliche Verteidigungsfähigkeit sicherstellen

Wir sind überzeugt, die Verteidigung unserer Freiheit und unseres Rechts sind alles andere als reine Militärprojekte. Sie sind die Aufgabe der ganzen Gesellschaft - für- und miteinander, zivil und militärisch. Dafür braucht es angemessene Mittel, die zielgerichtet eingesetzt werden, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und die Fähigkeiten der Blaulichtorganisationen gleichermaßen zu stärken und den von uns politisch

98 erkämpften erweiterten Sicherheitsbegriff umzusetzen.

99 **4. Diplomatie und europäische Zusammenarbeit stärken**

100 Wir stehen weiter für eine Politik, die auf Diplomatie, zivile
101 Konfliktbearbeitung und internationale Kooperation setzt. Unser Ziel
102 bleibt eine Friedensordnung, die auf Recht, Freiheit und Zusammenarbeit
103 basiert. Eine enge Abstimmung unter den europäischen Partnern in
104 multilateralen Foren ist für uns eine politische Selbstverständlichkeit.

105 **5. Europäisch entschlossen handeln**

106 Wir stehen für ein selbstbestimmtes und europäisch abgestimmtes Vorgehen,
107 das sich von der Abhängigkeit der eratischen Außenpolitik des
108 amerikanischen Präsidenten löst. Wir werden weiter nach Wegen und
109 rechtssicheren Lösungen suchen, die so genannten "frozen assets", also das
110 in der EU eingefrorene russische Staatsvermögen nutzbar zu machen. Darüber
111 hinaus werben wir für eine konsequente Anwendung bestehender
112 internationaler Gesetze, um die Schattenflotte in der Ostsee, die eine
113 erhebliche ökologische und sicherheitspolitische Gefahr darstellt,
114 stillzulegen.

115 **6. Solidarität mit der Ukraine fortsetzen**

116 Wir stehen unverändert an der Seite der Ukraine. Wir unterstützen sie in
117 ihrer Selbstverteidigung, beim Wiederaufbau und auf ihrem Weg in die
118 Europäische Union. Unser Ziel bleibt, dass die Menschen in der Ukraine
119 selbstbestimmt und in Frieden leben können. Dem Versuch Russlands durch
120 hybride Kriegsführung zu einer Spaltung der deutschen Gesellschaft und
121 einer Entsolidarisierung mit den Menschen in der Ukraine beizutragen,
122 stellen wir uns entschieden entgegen.

123 Im Übrigen verweisen wir auf die bei den vergangenen Parteitag zu der Thematik
124 beschlossenen, umfassenden Initiativen und ihre Maßnahmenkataloge.

Unterstützer*innen

Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg), Anke Erdmann (KV Kiel), Jörn Pohl (KV Kiel), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Moritz Bührmann (KV Kiel), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Inga Asmussen (KV Kiel), Samet Yilmaz (KV Kiel), Noah Dico (KV Kiel),

Malte Krüger (KV Steinburg), Maya Diederichs (KV Kiel), Florian Juhl (KV Pinneberg), Lukas Unger (KV Pinneberg), Nadine Mai (KV Pinneberg), Marcel Beutel (KV Ostholstein), Luca Brunsch (KV Kiel), Matthias Lücke (KV Kiel), Leon Martin (KV Kiel), Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein), Bent Ole Aude (KV Steinburg), Christoph Fischer (KV Segeberg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Karl-Martin Hentschel (KV Plön), Lino Weiss (KV Kiel), Leonard Groeneveld (KV Kiel), Monika Wegener (KV Rendsburg-Eckernförde), Jasper Balke (KV Lübeck), Ulrike Täck (KV Segeberg), Gazi Freitag (KV Plön), Henning von Schöning (KV Plön), Annette Granzin (KV Ostholstein), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Milena Vanini (KV Kiel), Adrian Grimm (KV Kiel), Esther Drewsen (KV Nordfriesland), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Ralf Striecker (KV Flensburg), Julia Grüner (KV Kiel), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg), Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg), Bianca Nienaber (KV Neumünster), Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg), Karsten Ellmenreich (KV Neumünster), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel)